

Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 17.11.2004

Vorlage Nr. 04-F-02-0069

**Hartz IV - Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2004 -**

Der Magistrat wird gebeten,

1. in Bezugnahme bzw. Ergänzung zum Beschluss Nr. 0517 der Stadtverordnetenversammlung über den Sachstand der Konzepte zu berichten, wie und in welchem Umfang zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten a) durch Lohnzuschüsse bzw. b) durch zeitweilige Beschäftigung durch die Verwaltung bzw. c) durch zusätzliche Arbeit in gemeinnützigen Einrichtungen geschaffen werden sollen.
2. sicherzustellen, dass - entgegen der Presseberichterstattung im Wiesbadener Tagblatt vom 19. Oktober 2004 – der Zeitraum, in dem die Bewilligung des Arbeitslosengeldes durch die Agentur für Arbeit erfolgt bzw. die Akten von der Agentur der Stadt übergeben werden, möglichst kurz ist und der Mehraufwand durch eine doppelte Dateneingabe so gering als möglich ausfällt.

Beschluss Nr. 0175

1. Punkt 1 des Antrages ist durch den Beschluß (BP 0176) zum gemeinsamen Antrag von CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 15.11.2004 (04-F-24-0009) erledigt.
2. Durch die Erklärungen des Sozialdezernenten und die anschließende Aussprache ist Punkt 2 des Antrages erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2004

Weinerth
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2004

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat

Wiesbaden, .11.2004

- 16 -

In Vertretung des Oberbürgermeisters

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Stadtkämmerer